



Positionspapier

Berufsbildung braucht Priorität – Verbände fordern Kurswechsel für nächsten Haushalt

Hannover, November 2025. Nach 1000 Tagen zieht das Bündnis der berufsbildenden Schulen in Niedersachsen eine ernüchternde Zwischenbilanz. Während die Landesregierung im allgemeinbildenden Bereich zahlreiche Initiativen gestartet hat, bleibt die berufliche Bildung strukturell unterfinanziert, organisatorisch unterrepräsentiert und personell am Limit. Die Verbände fordern daher, den Haushalt 2026 nachzuschärfen und den Doppelhaushalt 2027/28 als Wendepunkt zu nutzen – für eine echte Gleichstellung beruflicher und allgemeiner Bildung.

Der Bildungsmonitor 2025 der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) zeigt auf, dass Niedersachsen im Vergleich zu den anderen Bundesländern auf verschiedenen Feldern im hinteren Drittel eingestuft wird. So belegt Niedersachsen beim Beitrag des beruflichen Bildungssystems zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gerade mal Platz elf. Bei den relativen Bildungsausgaben des Landes pro Azubi im dualen Ausbildungssystem im Vergleich zu den gesamten Ausgaben des Landes je Einwohner rangiert Niedersachsen sogar nur auf Platz zwölf.

Es besteht also ein dringender Handlungsbedarf, um die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die berufliche Bildung auch zukünftig an BBS den Erfordernissen des Ausbildungs- und Arbeitsmarktes sowie an den Hochschulen/Universitäten entspricht.

BBS: Fundament für Fachkräfte und Integration

Die berufsbildenden Schulen sind das Rückgrat der Fachkräftesicherung in Niedersachsen – sie brauchen die gleiche Aufmerksamkeit und Wertschätzung wie die allgemeinbildenden Schulen.

Mit 130 öffentlichen berufsbildenden Schulen und rund 235.000 Schülerinnen und Schülern bilden die BBS die größte und vielfältigste Schulformengruppe des Landes. Sie beschulen Jugendliche mit sehr unterschiedlichen Bildungsvoraussetzungen, beruflichen Zielen und Lebenslagen unter einem Dach.

Von der Berufseinstiegsschule, den Berufsfachschulen und der dualen Ausbildung, den Fachoberschulen, dem beruflichen Gymnasium bis zur Fachschule eröffnen sie Durchlässigkeit im Bildungssystem, ermöglichen schulische Abschlüsse, fördern die Integration von Zugewanderten und leisten einen zentralen Beitrag zur Demokratiebildung und damit gesellschaftliche Stabilität.

BBS sind regionale Kompetenzzentren mit hochmodernen Ausbildungsstätten, die junge Menschen auf ihre Ausbildung und ihr berufliches Leben vorbereiten. Sie arbeiten eng mit Kammern, Betrieben, Hochschulen, Agenturen und Kommunen zusammen – und sind Innovationsmotoren für die Vermittlung von KI, Digitalisierung, Nachhaltigkeit sowie Integration und Fachkräfteentwicklung.

Doch trotz dieser zahlreichen Aufgaben zeigt der Haushaltsentwurf 2026, dass die berufliche Bildung in Niedersachsen strukturell abgehängt bleibt.

Strukturelle Defizite: Lehrkräftemangel, Überlastung, digitale Rückstände

Seit Jahrzehnten liegt die Unterrichtsversorgung an berufsbildenden Schulen bei rund 90 Prozent – das bedeutet dauerhaft 1.000 fehlende Lehrkräfte. Im allgemeinbildenden Bereich wäre das politisch kaum vorstellbar.

Die Ursachen sind hausgemacht: Zu niedrige Anwärterbezüge, unzureichende Nachwuchsgewinnung und fehlende Anreize.

Leider werden auch gegenwärtig noch vorhandene Ausbildungskapazitäten an den Hochschulen reduziert oder gestrichen. Eine bedarfsorientierte Steuerung der Ausbildung an den Hochschulen ist nicht zu erkennen.

Die Leitungsebenen arbeiten an der Belastungsgrenze! Schulleitungen, Stellvertretungen und schulfachliche Abteilungsleitungen tragen wachsende Verantwortung – von Inklusion, Migration, IT-Management bis Öffentlichkeitsarbeit und auch Controlling und Qualitätsmanagement. Die vor Jahren mit dem Kultusministerium vereinbarten Entlastungen (zusätzlich fünf Stunden für Stellvertretungen, drei Stunden für Abteilungsleitungen) wurden bis heute nicht umgesetzt.

Daneben wird an den BBS aufgrund der immer heterogener werdenden Schülerschaft seit einiger Zeit an völlig neuen Lehr-Lern-Arrangements gearbeitet. Hier kommen insbesondere IT-basierte Lösungen ins Spiel. Für deren lernwirksame Implementierung fordern die Verbände eine Aufstockung von 120 Beförderungsstellen A14 gemäß der gemeinsamen Forderung der AG BBS PerManent aus dem Juli 2022.

**„Es reicht nicht, immer neue Aufgaben zu übertragen –
man muss auch Ressourcen schaffen, um sie zu bewältigen.“**

Hinzu kommen grundsätzliche digitale Rückstände. Während allgemeinbildende Schulen nun ab Jahrgang 7 flächendeckend mit Endgeräten ausgestattet werden, bleiben die BBS außen vor. Dabei sind gerade hier digitale Kompetenzen für Lernende entscheidend – von der Additiven Fertigung über die kollaborierenden Roboter bis hin zur Künstlichen Intelligenz.

Die Verbände fordern deshalb die verbindliche Einbindung der BBS in alle Digitalisierungsprogramme des Landes – inklusive Endgeräte, branchenspezifischer Software und professionellem IT-Support. Ein verlässliches Budget sichert zukunftsorientierte und funktionsfähige Technik in den regionalen Kompetenzzentren.

Fachpraxislehrkräfte übernehmen seit Jahren neue Aufgaben bei der Berufsorientierung, der Arbeitssicherheit und der Integration von Zugewanderten. Auch in der am stärksten wachsenden Schulform – der Berufseinstiegsschule (BES) und der Berufsfachschule dual – wirken sie positiv für die Selbstwirksamkeitserfahrungen der Schülerschaft.

Mehr Unterstützung durch multiprofessionelle Teams

Schule braucht heute mehr als Lehrkräfte. Pädagogische Fachkräfte, IT-Support, Schulsozialarbeit und Verwaltungspersonal sind entscheidend, um Unterrichtsqualität und Schulentwicklung zu sichern.

Der vereinbarte Aufwuchs von jährlich 100 Stellen für nichtlehrendes pädagogisches Personal (NLPs) müsse daher trotz Haushaltskürzungen eingehalten werden. Bei zusätzlichen 600 Mio. € für den Kultusbereich, was ein deutliches Bildungsplus darstellt, sei das finanzierbar und würde den Schulen, bei flexiblen Einstellungsmöglichkeiten, den notwendigen Handlungsspielraum ermöglichen.

Forderungen der Verbände an die Landespolitik

Für eine starke berufliche Bildung in Niedersachsen fordern die Verbände:

1. Jährlicher Aufwuchs um 100 Stellen für multiprofessionelle Teams (NLPs)
2. Erhöhung der Anrechnungsstunden für besondere schulische Belastungen
3. Verbindliche Einbindung der BBS in alle Digitalisierungsprogramme
4. Sofortige Umsetzung der vereinbarten Entlastungen für Ständige Vertretungen der Schulleitungen und der Abteilungsleitungen
5. 100 zusätzliche A11-Stellen für Fachpraxislehrkräfte
6. 120 zusätzliche A14-Stellen für Transformationsprozesse an den Berufsbildenden Schulen
7. Intensivierung der Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung für die berufsbildende Schulen
8. Steigerung der Attraktivität der grundständigen Lehramtsausbildung durch bedarfsorientierte und regionale Steuerung der Ausbildung an Hochschulen sowie die Steigerung der Anwärterbezüge

Verantwortliche Ansprechpartner:

Ralph Böse (BLVN), Carsten Melchert (SLVN), Uwe Backs (NDVB), Ulf Jürgensen (VLWN)